

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.09.2010

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause: 16:55 Uhr - 17:15 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann
Herr Krumhöfner
Herr Langeworth

SPD

Herr Nockemann
Herr Suchla
Frau Weißfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Beratende Mitglieder

Herr Both
Herr Kläs
Herr Siegeroth
Herr Epp
Frau Puffer

abwesend von 18.00 bis
19.40 Uhr

Herr Schneider
Frau Stillger
Herr Wandersleb
Frau Wehn

abwesend von 19.05 bis
19.40 Uhr

Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams
Herr Lemhoefer
Herr Potschies
Frau Voigt
Frau Walczak

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Herr Kämper
Herr Wörmann
Frau Berkemeyer
Herr Dr. Stölner
Herr Flachmann

Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Dezernat Oberbürgermeister
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Frau Berndt-Schmidt

Hamfeldschule

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Herr Langeworth beantragt den TOP 4.1 (Antrag der Ampel-Koalition zur Laufzeit der Leistungsverträge) in 1.Lesung zu beraten.

Frau Brinkmann erklärt sich damit einverstanden, den TOP 3.1 (Anfrage der CDU-Ratsfraktion zum Konzept der Verwaltung zum Übergang KiTa - Grundschule) und den TOP 8 (Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS) zusammenhängend zu beraten. Sie bittet jedoch darum, diese Thematik in der Dezember-Sitzung unter einem ordentlichen TOP nochmals zu beraten.

Frau Hellweg überreicht eine Anfrage zur nächsten Sitzung zum Stand der Gespräche über die künftige Zusammenarbeit zwischen dem JZ Kamp und dem „Kulturkombinat Kamp“.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.09.2010

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.09.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Rechtsformänderung KiTas

Beigeordneter Herr Kähler weist aufgrund der aktuellen öffentlichen Berichterstattung zu dem Thema Rechtsformwechsel der städtischen KiTas darauf hin, dass es hierzu keine Entscheidungen gebe, sondern dass es sich um Überlegungen und verwaltungsinterne Prüfungen handelt, die Trägerschaft der städtischen KiTas zwecks einer optimierten Weiterführung an die Kindermann-Stiftung zu übertragen. Eine Übertragung an sonstige Dritte sei nicht vorgesehen. Die Stellungnahmen des Landesjugendamtes und der Stiftungsaufsicht bleiben abzuwarten.

Auf Nachfrage von Herrn Langeworth zum Zeithorizont rechnet Beigeordneter Herr Kähler im Dezember dieses Jahres mit konkreten Ergebnissen.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **25 Jahre Mädchentreff**

Frau Puffer weist auf das 25-jährige Bestehen des Mädchentreffs hin und auf den aus diesem Anlass erstellten Kalender, der für 10 € zu erwerben ist.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Entscheidung des Schulausschusses zu dem Modellprojekt "Integration flexibler Erziehungshilfen in diem OGS"**

Herr Epp berichtet aus der Sitzung des Schulausschusses am 21.09.10 zum Modellprojekt „Integration flexibler Erziehungshilfen in die OGS“. Der Schulausschuss habe ebenso wie der JHA abgestimmt, so dass nunmehr mit der Umsetzung begonnen werden könne.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Themen für die nächste Unterausschusssitzung**

Vorsitzende Frau Weißenfeld kündigt für die nächste Unterausschusssitzung im November die Themen Offene Jugendarbeit sowie den jährlichen Bericht zum Ausbildungstand Jugendlicher an.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Anfrage der CDU-Ratsfraktion zum Konzept der Verwaltung zum Übergang Kita - Grundschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1493/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Zustimmung von Frau Brinkmann, diese Anfrage im Zusammenhang mit TOP 8 zu beraten. Auf Antrag von Frau Brinkmann werde diese Anfrage in der Dezembersitzung im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Antrag der Ampel-Koalition zur Laufzeit der Leistungsverträge**

Vorsitzende Frau Weißenfeld macht auf den Antrag der CDU-Fraktion aufmerksam, diesen Antrag in 1. Lesung zu beraten.

Beigeordneter Herr Kähler berichtet aus der Sitzung des SGA am 28.09.10, dass der Antrag für den Bereich „Soziales“ mit einer Gegenstimme beschlossen wurde.

Frau Stillger macht auf eine falsche Zahl aufmerksam: Die Eigenmittel der Beratungsstelle des Mädchenhauses (S. 4 der Liste) betrug für 2008 nicht 333 €, sondern 5.044 €.

Auf Bitte von Herrn Langeworth begründet Herr Suchla den Antrag.

Frau Walczak kann nicht nachvollziehen, wie die Kategorisierung in 1 und 3 Jahren Verlängerung zustande gekommen ist. Sie drängt auf eine Entscheidung über diesen Antrag, da die Träger Gewissheit brauchen, wie es weiter geht. Sie hält die einjährige Verlängerungszeit für eine Vielzahl der Leistungsverträge für sehr knapp bemessen, um sich seitens der Fachverwaltung, der Politik und der Träger intensiv mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Sie schlägt vor, Gespräche mit den Beteiligten verbindlich zu terminieren.

Herr Adams bringt zum Ausdruck, dass für die Träger eine heutige Entscheidung über den Antrag sehr wichtig ist, um auf dieser Basis genügend Zeit für weitere Beratungen und Planungen zu haben.

Er äußert sich positiv darüber, dass die Leistungsverträge verlängert werden sollen. Der „Knackpunkt“ sei jedoch weiterhin, dass eine Übernahme der künftigen Tarifsteigerungen ausgeschlossen ist. Durch entsprechende Formulierungen in den neuen Leistungsverträgen müsse sichergestellt werden, dass künftige Tarifsteigerungen durch eine flexible Leistungsgestaltung kompensiert werden können.

Herr Langeworth verweist auf den Grundsatzbeschluss des JHA vom 23.06.2010, wonach u.a. beschlossen wurde, dass einige wenige Leistungsverträge genauer betrachtet und deshalb zunächst nur um 1 Jahr verlängert werden sollten. Seitens der CDU-Fraktion sei man nun überrascht, dass nicht wenige, sondern eine Vielzahl von Leistungsverträgen lediglich um 1 Jahr verlängert werden sollen. Erst unmittelbar vor dieser Sitzung habe die CDU-Fraktion von diesem komplexen Antrag erfahren. Insofern bestehe noch Beratungsbedarf in der Fraktion. Es könne nicht erwartet werden, dass dem Antrag vor diesem Hintergrund heute zugestimmt werde. Herr Langeworth bekräftigt seinen Antrag, heute in 1. Lesung zu beraten. Gfls. sei eine Sondersitzung des JHA einzuberufen.

Herr Wandersleb schließt sich der Auffassung von Herrn Adams an und spricht sich dafür aus, dass über den Antrag heute entschieden wird.

Frau Stillger berichtet über die Beratung im Fachbeirat für Mädchenarbeit, der der Bestimmung der Laufzeitverlängerungen sowie der Deckelung nicht zugestimmt habe. Insbesondere die kleinen Träger seien nicht in der Lage, diese Einschränkungen zu kompensieren. Sie regt an, diese Thematik in einer Sondersitzung intensiv zu beraten.

Herr Potschies zeigt sich enttäuscht über die Begründung des Antrags. Er vermisst die inhaltliche Diskussion, wie sie in den vergangenen Jahren üblich gewesen sei.

Vorsitzende Frau Weißenfeld sichert eine rechtzeitige inhaltliche Diskussion insbesondere zu den Themenfeldern Offene Jugendarbeit und Schulsozialarbeit zu.

Herr Langeworth macht deutlich, dass für die weiteren Planungen nicht

der heutige Beschluss des JHA entscheidend sei, sondern der Beschluss des Rates im November.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass vor der Ratssitzung im November ein Beschluss des JHA erforderlich ist. Sollte über den Antrag heute nicht entschieden werden, sei eine Sondersitzung des JHA vor der Ratssitzung erforderlich.

*Vorsitzende Frau Weißenfeld unterbricht die Sitzung von
16.55 Uhr bis 17.15 Uhr.*

Frau Hellweg plädiert dafür, heute über den Antrag abzustimmen. Die Notwendigkeit, sich mit den Inhalten der Leistungsverträge zu befassen, ändere sich nicht dadurch, dass über den Antrag erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde.

Herr Adams, Herr Lemhoefer, Herr Potschies, Frau Voigt sowie Frau Walczak als Vertreter/-innen der freien Träger erklären ihre Befangenheit und wirken an den nachfolgenden Abstimmungen nicht mit.

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion auf Beratung in 1. Lesung u. gfls. Einberufung einer Sondersitzung abstimmen.

Die Abstimmung führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	3 Stimmen
dagegen	5 Stimmen
Enthaltungen	keine
- somit abgelehnt -	

Die Abstimmung über den Antrag der Ampel-Koalition führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	5 Stimmen
dagegen	3 Stimmen
Enthaltungen	keine
- somit beschlossen -	

Sodann fasst der JHA den weiteren

Beschluss:

Die Leistungsverträge mit den Anbietern im Sozial- und Jugendbereich werden in dem Aufgabenspektrum des Bereiches „Jugendarbeit“ gemäß der dem Antrag beigefügten Liste verlängert.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Integriertes Handlungskonzept Soziale Stadt "Sieker-Mitte" **Abschließender Beschluss nach § 171 b Abs. 1 BauGB zur Festlegung eines Gebietes zur Durchführung von städtebaulichen Maßnahmen der Sozialen Stadt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1450/2009-2014

Herr Kämper erläutert die Beschlussvorlage zum Integrierten Handlungskonzept Soziale Stadt „Sieker Mitte“.

Frau Stillger kritisiert, dass die Vorlage nicht in den Fachbeirat für Mädchenarbeit eingebracht wurde. Weiterhin seien die Förderrichtlinien für Mädchenarbeit ein Stück weit nicht berücksichtigt. Es stelle sich die Frage, ob das Gesamtkonzept gegendert wurde.

Sie würde es begrüßen, wenn die Vorlage am 10.11.2010 im Fachbeirat für Mädchenarbeit vorgestellt würde.

Herr Kämper geht davon aus, dass das Gesamtkonzept gegendert wurde. Er werde dies jedoch nochmals hinterfragen.

Anschließend beantwortet er die Fragen von Herrn Adams zu den beteiligten Trägern, von Vorsitzender Frau Weißenfeld zur Abgrenzung des Handlungsgebietes sowie von Herrn Kläs zur Berücksichtigung behindertengerechter Belange.

Vorsitzende Frau Weißenfeld richtet die Bitte an Herrn Epp, das Konzept bezüglich der KiTas demnächst im JHA zur Beratung vorzusehen.

Der JHA fasst den

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen der Betroffenen i.S. des § 137 BauGB (siehe Anlage 1) werden gemäß Vorlage zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahmen der öffentlichen Aufgabenträger i.S. des § 139 BauGB (s. Anlage 1) werden gemäß Vorlage zur Kenntnis genommen.
3. Der Stellungnahme der IHK (s. Anlage 1 lfd. Nr. 8) wird gemäß Vorlage gefolgt.
4. Das integrierte Handlungskonzept „Sieker-Mitte“ wird gem. § 171 e Abs. 3 BauGB als Grundlage für die Festlegung des Gebietes beschlossen (s. Anlage 2).
5. Das im Lageplan (s. Anlage 3) dargestellte Gebiet wird gem. § 171 e Abs. 3 BauGB als Gebiet zur Durchführung von Maßnahmen der Sozialen Stadt festgelegt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Lebenslagenbericht 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1386/2009-2014

Herr Wörmann stellt den Lebenslagenbericht 2009 vor und legt bei sei-

nem Vortrag den Schwerpunkt auf die Themenbereiche Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit.

Herr Suchla zeigt sich bestürzt, dass Kinder inzwischen als Armutrisiko angesehen werden.

Herr Langeworth regt an, künftig die Druckversion weniger umfangreich zu gestalten.

Beigeordneter Herr Kähler hält es für wichtig, die Vielzahl der Daten graphisch darzustellen. Allerdings sei angestrebt, den Lebenslagenbericht künftig ausschließlich elektronisch auf den Weg zu bringen.

Herr Adams schlägt vor, künftig die Leistungsverträge in angemessener Form im Lebenslagenbericht darzustellen.

Der JHA nimmt den Lebenslagenbericht 2009 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht Umsetzung "Familienfreundliches Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1440/2009-2014

Herr Potschies vertritt die Auffassung, dass die Leistungen der freien Träger erwähnt werden sollten.

Herr Epp entgegnet, dass bei dieser Informationsvorlage die Beschreibung der Themen im Vordergrund stand und weniger, wer alles daran beteiligt ist.

Herr Kläs regt an, in den Ausführungen zum Familienbüro auf S. 10 im 5. Satz das Wort „ältere“ zu streichen, damit sich auch Eltern behinderter Kinder angesprochen fühlen.

Bei behindertengerechten Ausstattungen bittet er darauf zu achten, dass diese nicht nur rollstuhlgerecht eingerichtet werden, sondern für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen geeignet sind. Darüber hinaus spricht er sich für eine entsprechende Beteiligung Behinderter an Projekten wie z.B. „Wackelpeter“ aus.

Der JHA nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS (Kindertagesstätte>>Grundschule)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1484/2009-2014

Herr Dr. Stölner gibt einen kurzen Sachstandsbericht über das Projekt KI>>GS.

Anschließend beantwortet er die Fragen von Frau Hellweg und Herrn

Wandersleb und beschreibt die Auswahlkriterien für die Pilotstandorte.

Herr Suchla begrüßt dieses Projekt mit einer Verzahnung von Jugendhilfe und Schule. Die Auswahl der Standorte sollte sich weniger an der räumlichen Situation, sondern eher daran orientieren, wo dieses Projekt sinnvoll eingesetzt werden kann, z.B. in Brennpunkten.

Frau Brinkmann begrüßt ausdrücklich dieses Projekt. Diese Projektorganisation beschreibe den richtigen Weg. Dies bedeute, dass das Raumprogramm für Grundschulen überdacht und ausgebaut werden müsse. Vorzeitige Schließungen seien daher zu vermeiden.

Herr Lemhoefer regt an, die Eltern der KiTa-Kinder sowie die Träger von vornherein mit einzubeziehen und den Prozess dort parallel anzustoßen.

Beigeordneter Herr Kähler sieht dieses Projekt als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, um Kinder im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu fördern und bittet darum, Herrn Dr. Stölner als Projektverantwortlichen zu unterstützen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld sieht mangels inhaltlicher Aussagen noch nicht den Vorteil dieses Projektes. Sicherlich müsse es einen guten Übergang vom Kindergarten in die Grundschule geben, aber es sei auch zu bedenken, dass Kinder in diesem Alter ihre Freiräume zum Spielen brauchen.

Frau Brinkmann richtet die Bitte an die Verwaltung, sich für die weitere Erörterung dieses Themas in der Dezember-Sitzung inhaltlich gut vorzubereiten.

Der JHA nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Zwischenbericht zum Projekt "Schulstation"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1404/2009-2014

Frau Berkemeyer und Frau Berndt-Schmidt informieren über den Zwischenstand zum Projekt „Schulstation“.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet zum Ende des Projektes im Rahmen eines Abschlussberichtes um Aussagen über konkret getroffene Maßnahmen.

Der JHA nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1299/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Vorberatung im Unterausschuss Jugendhilfe.

Die Verwaltung gibt die Information zur Kenntnis, dass der Rat in seiner Sitzung am 23.09.2010 im Vorgriff auf den Beschluss zum Doppelhaushalt 2010 / 2011 die in den Dringlichkeitslisten aufgeführten Investitionen der Stadt Bielefeld für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 beschlossen hat. Die sich hierdurch im Vergleich zum Doppelhaushaltsplanentwurf ergebenden haushalterischen Auswirkungen auf Ergebnis- und Finanzpläne werden über Veränderungslisten direkt in die Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses am 08./09.11.2010 eingebracht.

Herr Suchla beantragt, die HSK-Maßnahme lfd. **Nr. 254** zu streichen. Es handele sich um Landesrahmenbedingungen und Verträge auf Landesebene. Er sieht diese Maßnahme als ein Geschäft der laufenden Verwaltung an.

Den Neu- und Erweiterungsanträgen der freien Träger kann der JHA fachlich und inhaltlich folgen. Wegen der bestehenden Haushaltslage und fehlender Deckungsmöglichkeiten wird hierzu kein gesonderter Beschluss gefasst.

Sodann fasst der JHA folgende

Einzelbeschlüsse:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2014 wie folgt zu beschließen:

1.1 Den **HSK-Maßnahmen Nr. 237 bis 253** des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

dafür	9 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen
- somit beschlossen -	

1.2 Die **HSK-Maßnahme Nr. 254** des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt- ist auf Antrag der SPD-Fraktion ersatzlos zu streichen.

dafür	8 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	5 Stimmen
- somit beschlossen -	

2. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02, 11.06.03 und 11.05.07 wird zugestimmt.

dafür 9 Stimmen
dagegen 0 Stimmen
Enthaltungen 4 Stimmen
- somit beschlossen -

3. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	mit Ordentlichen Erträgen 2010	mit Ordentlichen Aufwendungen 2010	mit Ordentlichen Erträgen 2011	mit Ordentlichen Aufwendungen 2011
11.01.67	0 €	68.972 €	0 €	69.149 €
11.06.01	39.697.768 €	99.144.706 €	44.348.251 €	109.183.557 €
11.06.02	6.029.355 €	56.243.571 €	5.179.355 €	58.608.614 €
11.06.03	144 €	1.564.312 €	144 €	1.635.864 €
11.05.07	4.120.034 €	5.494.636 €	4.180.034 €	5.621.493 €

wird zugestimmt.

dafür 9 Stimmen
dagegen 0 Stimmen
Enthaltungen 4 Stimmen
- somit beschlossen -

Über die Punkte 4 - 7 wird zusammenhängend abgestimmt:

4. Den **Teilfinanzplänen A** der

Produktgruppe	mit investiven Einzahlungen 2010	mit investiven Auszahlungen 2010	mit Verpflichtungsermächtigungen 2010	mit investiven Einzahlungen 2011	mit investiven Auszahlungen 2011	mit Verpflichtungsermächtigungen 2011
11.06.01	7.473.257 €	8.381.407 €	500.000 €	2.700.000 €	3.222.300 €	0 €
11.06.02	20.000 €	214.000 €	0 €	20.000 €	25.500 €	0 €

wird zugestimmt.

5. Den Maßnahmen der **Teilfinanzpläne B** in 2010 und 2011 der Produktgruppe 11.06.01 wird zugestimmt.

6. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02, 11.06.03 und 11.05.07 für den Doppelhaushaltsplan 2011/2011 wird zugestimmt.
7. Dem Doppelstellenplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

dafür	9 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen

- somit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Anerkennung der "Diakonische Altenzentrum Bielefeld gGmbH" als Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1441/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet aus der Vorberatung im Unterausschuss Jugendhilfe, der dem JHA empfehle, gemäß des Beschlussvorschlages zu beschließen.

Sodann fasst der JHA den

Beschluss:

Die „Diakonische Altenzentrum Bielefeld gGmbH“ wird als Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Neufassung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1242/2009-2014

Der JHA fasst den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat die Neufassung der Satzung für den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld entsprechend der Anlage 1 der Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.
